

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten  
betreffend  
die Einsetzung einer Untersuchungskommission**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Zur Untersuchung möglicher Missstände im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe 2013, insbesondere der Flutung des Eferdinger Beckens durch den Kraftwerksbetreiber Verbund AG, ist vom Oö. Landtag eine Untersuchungskommission nach den Bestimmungen der §§ 51 ff Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 einzusetzen.

### **Begründung**

Die Hochwasserkatastrophe 2013 wirft immer mehr Fragen auf. Wie jetzt bekannt geworden ist, wurde in der Nacht von 3. auf 4. Juni 2013 das Eferdinger Becken vom Kraftwerksbetreiber Verbund AG bewusst geflutet. Dieses Vorgehen entspreche der Wehrbetriebsordnung, wie von Vertretern der Verbund AG angegeben wird.

Die betroffenen Gemeinden und Bewohner wurden über die beabsichtigte Flutung jedoch nicht informiert. Von Verbund AG und dem Land Oberösterreich gibt es widersprüchliche Angaben über die Frage, ob und welche Informationen mitgeteilt wurden. So heißt es von Seiten der Verbund AG, dass Informationen rechtzeitig an den hydrografischen Dienst und die Landes-Warnzentrale weitergeleitet wurden. Seitens des Landes Oberösterreich hingegen wird behauptet, dass die Informationen nicht zur Verfügung standen und wiederholte Anfragen an die Verbund AG mit einem Hinweis auf die Wehrbetriebsordnung ohne nähere Angaben beantwortet wurden.

Diesen gegenseitigen Vorwürfen stehen viele offene Fragen über das tatsächliche Verhalten der verantwortlichen Stellen im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe 2013 gegenüber, die in einer Untersuchungskommission abschließend aufgeklärt werden sollen.

Linz, am 1. Juli 2013

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner, Povysil, Cramer, Nerat, Lackner, Mahr, Wall**